

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	384
		TOP:	5
Verhandlung		Drucksache:	892/2021
		GZ:	SOS/SWU/T
Sitzungstermin:	23.11.2021		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Thürnau		
Berichterstattung:	Herr Oehler (ASW)-		
Protokollführung:	Frau Schmidt / ba		
Betreff:	Radverkehrsförderprogramm - Bericht 2021		

Beratungsunterlage ist die gemeinsame Mitteilungsvorlage des Referats Sicherheit, Ordnung und Sport, des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt und des Technischen Referats vom 17.11.2021, GRDRs 892/2021. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

StR Dr. Vetter (CDU) thematisiert das Investitionsvolumen von ca. 600.000 Euro für Fahrradgaragen, was bei 200 Stellplätzen Kosten von 3.000 Euro pro Stellplatz bedeute. Die kumulierte Ertragslage weise 2.200 Euro, also 220 Euro pro Modul, aus. Er möchte wissen, ob für die einzelnen Standorte Paulinenbrücke, Arnulf-Klett-Platz und Mittlerer Schlossgarten eine Aussage zur Auslastungsquote getroffen werden könne und ob für dieses Angebot der Stadt mehr Werbung gemacht werden müsse. Eventuell müssten die Standorte geprüft werden. Unerfreulich sei, dass dieses Projekt im Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler auftauche, weshalb er die Auslastung abfrage. Des Weiteren spricht er die Erwartungshaltung der Verwaltung an, da die Spitzenwerte im Jahr 2021 durch ein kaltes Frühjahr und einen verregneten Sommer gesunken seien. Möglicherweise schwäche sich der Hype nach der Corona-Pandemie weiter ab.

StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) möchte wissen, warum der Bericht nicht zusätzlich im Unterausschuss Mobilität besprochen wird. Zudem erbittet er weitere Informationen zu Abstellanlagen für Lastenräder, um diesen Aspekt im Zeitraum der Haushaltsplanberatungen zu diskutieren. Die Stadt habe noch ei-

nen langen Weg vor sich, zumal sie in einem Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung den ersten Platz bei den gefährlichsten Städten Deutschlands belege.

Für den umfangreichen Bericht dankt StRin Dr. Lehmann (90/GRÜNE), der auffällt, dass es wenig Probleme bei der Förderung von Regionradstationen, Lastenrädern oder E-Trikes gebe, aber bei der Einrichtung der Infrastruktur (Radfahrstreifen, Wegfall von Parkplätzen, Radgaragen in Wohngebieten) Schwierigkeiten aufträten. Dies sei vor allem beim Eingriff in den Zuschnitt oder das Aussehen eines Straßenraums gegeben. Sie vermisst in einer weiträumigen Projektion Aspekte wie die Herstellung sicherer Kreuzungen (Charlottenplatz, Landhaus-Kreuzung, Rotebühl-Kreuzung) oder Radbrücken und bittet um entsprechende Vorschläge durch die Verwaltung.

Dem Dank ihrer Vorrednerin schließt sich StRin Schanbacher (SPD) an. Diese Zusammenfassung sei sehr wichtig, da die Thematik politisch sehr umstritten sei und für große Diskussionen Sorge. Alle Menschen profitierten vom Radverkehr, denn Autofahrer*innen hätten mit weniger Stau zu kämpfen, Stuttgarter*innen litten unter weniger Abgasen und Lärm und die Wirtschaft genieße mehr Mobilität. Sie verweist auf die "mutigen Vorschläge" zum - auch kurzfristigen - Ausbau der Radinfrastruktur, woraus viel gelernt worden sei. Dieser Weg müsse weiter beschritten werden, denn die Leute seien an diesem Thema sehr interessiert und wollten mitmachen. Für den Winterdienst erhofft sich die Stadträtin pragmatische Lösungen. Insgesamt müssten, wie bereits von StRin Dr. Lehmann angemerkt, positive Dinge stärker hervorgehoben werden. Eine schnellere Umsetzung von Fahrradgaragen in den Bezirken sei dringend nötig, da die potenziellen Nutzer*innen schon länger darauf warteten. Dies gelte auch für die Radinfrastruktur, um Sicherheit für die Radfahrer*innen zu schaffen. In diesem Zusammenhang sei die Arbeit der AG Sicherheit wichtig, um den fragwürdigen Titel der gefährlichsten Stadt wieder ablegen zu können.

Die Kritik von StR Goller (AfD) richtet sich gegen Maßnahmen, die ohne Betrachtung der Nachfrage oder erhobener Zahlen durchgeführt werden. Wenn Straßen zu Radwegen "umgeschmiedet" würden, ständen die Autofahrer mehr im Stau. Zukünftig wünsche er sich nach Ende der Pandemie eine klare Aufstellung der Nutzungszahlen, auf deren Basis dann die Maßnahmen entwickelt werden sollten.

Kleinere, dezentrale Abstellgaragen für 5 - 10 Fahrräder spricht StRin Köngeter (PULS) an, die wissen möchte, ob diese weiterverfolgt werden.

Zu den Fragen und Anregungen der Ausschussmitglieder nimmt Herr Oehler (ASW) Stellung, der bestätigt, die Auslastung der Fahrradgaragen (40 Stellplätze an der Paulinenbrücke, jeweils 80 am Hauptbahnhof und im Schlossgarten) sei mit 20 - 40 % unbefriedigend. Eine der Garagen des Schlossgartens werde in den Stuttgarter Westen (Hasenbergstraße) versetzt, wovon man sich Erkenntnisse über eine Fahrradsammelgarage in einem Wohnquartier und den weiteren Umgang erhoffe. Es sei momentan noch nicht klar, welche Einflüsse auf die Nutzung der Stellplätze einwirkten. Wenn das Pilotprojekt in West abgeschlossen sei, erfolge ein erneuter Bericht zum weiteren Vorgehen. Durch Corona habe es Veränderungen im Modal Split gegeben, und viele Leute seien vom ÖPNV auf das Fahrrad umgestiegen. Ebenso sei ein Anstieg der Radnutzung durch eine verbesserte Infrastruktur nachweisbar. Um genauere Aussagen treffen zu können, müsse das Pandemieende abgewartet werden. Gegenüber StR Pantisano führt der Verwaltungsmitarbeiter aus, der heute vorliegende Bericht richte sich an den Gemeinderat, um auch im Hinblick auf die Haushaltsplanberatungen nachsteuern zu kön-

nen. Zu den Fahrradabstellanlagen werde es heute am Ende des Unterausschusses Mobilität spontan eine Stellungnahme dazu geben, worin auch kleinere Anlagen eine Rolle spielen werden. Das von StRin Dr. Lehmann thematisierte Spannungsfeld zwischen Radinfrastruktur und Parkplätzen sei vorhanden und werde in den politischen Gremien nach Möglichkeit zu einer Lösung geführt. Bezüglich "großer Maßnahmen" verweist er auf die ab S. 42 des Berichtes dargestellten geplanten Vorhaben; in den kommenden Jahren werde einiges im Straßenraum zu sehen sein. Zum gesamten Fortschreiten des Themas richtet er den Blick auf S. 13 des Berichtes. Das Radverkehrskonzept werde neu aufgelegt und im Vorgriff dazu das BYPAD-Verfahren durchgeführt, wozu auch Vertreter*innen des Gemeinderats eingeladen würden. Dieses begleitende Audit-Verfahren solle aufzeigen, wo die Stadt in der Radverkehrsförderung stehe. Dadurch könnten Stärken und Schwächen ermittelt und eine noch gezieltere Förderung erreicht werden.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen mehr ergeben, stellt BM Thürnau fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat von der GRDRs 892/2021 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Schmidt / ba

Verteiler:

- I. Referat SOS
zur Weiterbehandlung
Amt für öffentliche Ordnung
Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Baurechtsamt (2)
Referat T
zur Weiterbehandlung
Tiefbauamt (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Stadtkämmerei (2)
 3. Rechnungsprüfungsamt
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktionsgemeinschaft PULS
 7. Fraktion FW
 8. AfD-Fraktion